## Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Inneres (6. Ausschuß)

über den Antrag der Abgeordneten Maucher, Bausch, Frau Jacobi (Marl), Dr. Miessner, Sänger und Genossen

— Drucksache IV/3279 (neu) —

betr. Versorgung der Angehörigen des ehemaligen reichseigenen Deutschen Nachrichtenbüros

## A. Bericht der Abgeordneten Frau Jacobi (Marl)

Der Antrag — Drucksache IV/3279 (neu) — wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 181. Sitzung vom 12. Mai 1965 in erster Lesung beraten und an den Ausschuß für Inneres überwiesen. Der Ausschuß für Inneres hat den Antrag in seiner Sitzung vom 15. Juni 1965 beraten.

Die frühere "Deutsches Nachrichtenbüro GmbH" kann nicht in die Anlage A zu § 2 Abs. 1 des Gesetzes zu Artikel 131 GG aufgenommen werden. Nach diesem Gesetz können die angesprochenen Personen also eine Versorgung nicht erhalten. Auch die sonstigen geltenden Rechtsnormen können

nicht als Grundlage für eine Versorgung dieser Personen über die Rentenversicherungsgesetze hinaus herangezogen werden. Der Antrag erfordert daher eine eingehende Prüfung, ob und welche Möglichkeit für Versorgungsleistungen an diese Personen - ggf. in Ergänzung von Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen — außerhalb der z. Z. bestehenden Regelungen geschaffen werden kann.

Der Ausschuß schlägt daher vor, die Bundesregierung zu beauftragen, den gesamten Fragenkomplex zu prüfen und dem Deutschen Bundestag bis zum 31. Mai 1966 zu berichten.

Bonn, den 15. Juni 1965

Frau Jacobi (Marl)

Berichterstatterin

Ausschußantrag umseitig

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn

## **B.** Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt,

zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie die Altersversorgung der Angehörigen des ehemaligen reichseigenen Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) geregelt werden kann, und darüber bis 31. Mai 1966 zu berichten.

Bonn, den 15. Juni 1965

## Der Ausschuß für Inneres

Schmitt-Vockenhausen Frau Jacobi (Marl)

Vorsitzender Berichterstatterin